

"Union Ruhr-Lothringen" in Die Welt (11. Mai 1950)

Legende: Am 11. Mai 1950 kommentiert die deutsche Tageszeitung Die Welt den Vorschlag Robert Schumans, die Kohle- und Stahlproduktion in Europa zusammenzulegen.

Quelle: Die Welt. Unabhängige Tageszeitung. Hrsg. BLEY, Curt ; Herausgeber SCHERER, Hans. 11.05.1950, n° 109; 5. Jg. Hamburg: Die Welt.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"union_ruhr_lothringen"_in_die_welt_11_mai_1950-de-51cc0e39-9ff6-4488-a685-48d5abee16a.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 16/09/2012

Union Ruhr-Lothringen

Der einstimmige Beschluß des französischen Kabinetts über die Zusammenfassung der gesamten Kohleproduktion Deutschlands, Frankreichs und der Saar schlägt der europäischen Idee eine gewaltige Bresche. Das Schiff Europa war auf Sand geraten. Der Gedanke der europäischen Föderation, wie er in Straßburg vertreten wird, sah sich einer Krise ausgesetzt, die entstanden war, als das Schlagwort Europa von der Diskussion der realen, wirtschaftlichen und politischen Probleme internationaler Zusammenarbeit abgelöst wurde.

Die Krise führte so weit, daß eine Reihe europäischer Politiker Straßburg bereits als eine erledigte Angelegenheit ansahen, das bestenfalls noch einige kulturelle Probleme zu bewältigen vermöchte. Die wirtschaftliche Einheit Europas wurde vom Büro der Marshall-Hilfe in Paris gesteuert, die Sicherheitsfragen waren sowieso dem Atlantikpakt überlassen.

Zu dieser tatsächlichen Schwäche kam ein psychologisches Moment hinzu. Das Sicherheitsbedürfnis Frankreichs schien mit Straßburg nicht befriedigt zu sein. Es schien so, als ob sich Frankreich mit Deutschland in Straßburg etwas alleingelassen fühlte, nachdem England auf Grund seiner amphibischen Empire-Interessen nur mit der rechten Hand in Europa mitspielte.

Obwohl die tragende französische Mitte in den vergangenen Jahren als ein Bannerträger der Idee einer „dritten Macht“, nämlich Europa, aufgetreten war, wobei der alte Kontinent ein starker Mittler zwischen Washington und Moskau sein sollte, konnte es den Anschein erwecken, als habe Frankreich vor den Aufgaben und Schwierigkeiten einer solchen großen Lösung kapituliert. Es kam hinzu, daß eine europäische Einheit Zeit braucht. Der sowjetische Imperialismus in der Welt ließ aber keine Zeit mehr. Die nichtkommunistische Welt mußte zu einer klaren Strategie des kalten Krieges kommen, wenn der Friede nicht gefährdet werden sollte. Die Londoner Außenministerkonferenz wird sich mit der Lösung dieser Frage befassen.

Inzwischen hatte Ministerpräsident Bidault jedoch die Forderung nach der Bildung eines atlantischen Friedensrates aufgestellt. Inzwischen schien sich Frankreich von der Hoffnung auf eine eigenständige europäische Lösung abzusetzen und Europa nur noch im Rahmen des Atlantikpaktes zu sehen. Straßburg wäre dadurch torpediert worden, und es wäre die Frage aufgetaucht, welchen Sinn ein deutscher Beitritt zum Europa-Rat noch gehabt hätte.

Die sensationelle Erklärung der französischen Regierung über die Bildung einer Union von der Ruhr bis nach Lothringen schafft eine neue Lage. Noch einmal tritt die große kontinentale Lösung in den Vordergrund. Noch einmal tauchte die Hoffnung auf die Verwirklichung der europäischen Föderation als einer Garantie des Weltfriedens auf.

Dr. Schumacher hat namens der SPD auf die Gefahr hingewiesen, daß ein Zusammenschluß der Industrie keine echte europäische Einigung der Völker darstellte, sondern nur zu einer „Europa-AG“ führe. Man darf den Kern dieses Vorwurfes nicht leicht nehmen. Aus der Geschichte der Weimarer Republik ist abzuleiten, daß die damaligen deutsch-französischen Kartelle gegenseitig die Sterbeglocke für die politischen Bestrebungen Stresemanns und Briands bedeuteten. Man resignierte vor der Politik und konzentrierte sich auf das wirtschaftliche Schicksal.

Die Zeiten haben sich aber geändert. 20 Jahre sind vergangen. Ein neuer Weltkrieg, neue Verwüstungen und neue Ansätze zum Wiederaufbau sind nicht spurlos an der Bedeutung internationaler Wirtschaftsabkommen vorübergegangen. Schon seit längerer Zeit haben die Amerikaner im Pariser Marshall-Plan-Büro auf eine ökonomische Einigung Europas gedrängt. Die Pariser Arbeiten haben noch immer nicht zu einem Erfolg geführt, weil das Stadium der Unterstützung nationaler Volkswirtschaften in Europa noch nicht überwunden ist. Auch Straßburg konnte die ökonomische Einheit nicht herstellen, weil der Europa-Rat ursprünglich überhaupt keine wirtschaftlichen Zuständigkeiten und später nur angefochtene besaß.

In dieser Situation bedeutet die wirtschaftliche Zusammenarbeit keinen Hemmschuh, sondern einen

positiven Beitrag zur politischen Einheit Europas. Dies um so mehr, als nicht ein Kartell der Schwerindustrie beabsichtigt ist, sondern eine „hohe Behörde“ auf die Regierungsebene. Voraussetzung ist allerdings die Erfüllung der deutschen Gewerkschaftsforderung, daß die Regelung der Eigentumsverhältnisse und der Mitbestimmung durch Schumans Vorschlag nicht beeinträchtigt wird.

Straßburg allerdings erhielt durch die Wirtschaftsunion einen neuen Auftrieb, und der Beschluß des deutschen Bundeskabinetts zum Beitritt für den Europa-Rat erfährt seine glänzende innere Rechtfertigung.

Der französische Kabinettsbeschluß kommt in einem günstigen Augenblick. Er ist ein konstruktiver Teil des globalen Planes der Zusammenarbeit aller nicht-kommunistischen Staaten. Er wird in einem Zeitpunkt zur Debatte gestellt, in welchem sich Bonn über den Beitritt Deutschlands zum Europa-Rat zu entscheiden hat. Dem Bundeskanzler und den deutschen Parlamentariern wird ihre Gewissensentscheidung erleichtert. Die unglückselige Saar-Frage kann im Rahmen der neuen Unionsgespräche entgiftet werden.

Der französische Vorschlag ist gleichzeitig ein großer Beitrag zum Frieden. Je mehr innere Stärke Europa gewinnt, um so größer ist die Garantie für die Vermeidung eines dritten Weltkrieges. Dadurch, daß Deutschland nicht an einem militärischen Sicherheitssystem, sondern an einem Prozeß der wirtschaftlichen Gesundung Europas teilnimmt, dürfte die Bejahung des Pariser Vorschlages keine Gefährdung aller auf die Beseitigung der Spaltung Deutschlands gerichteten Bestrebungen sein. Die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit, die jetzt auf der Basis der Gleichberechtigung zwischen Deutschland und Frankreich angestrebt wird, ist auf der Basis der kolonialen Ausbeutung zwischen Rußland und der Ostzone schon lange vorhanden.

Der stärkste Eindruck des Unionsvorschlages geht jedoch davon aus, daß Europa noch stark genug ist, große und starke Ideen, konstruktive Pläne, visuelle Bilder in die Tat umzusetzen. Die Abwehr des Kommunismus kann nicht mit Ideen der Abwehr, der Defensive, der Eindämmung allein geführt werden. Das Abendland und die nicht-kommunistische Welt kann sich geistig und politisch nur mit positiven Gedanken behaupten.